



INFORMATION

zur Pressekonferenz mit

Markus ACHLEITNER

OÖ. Wirtschafts- und Raumordnungs-Landesrat

Univ. Prof. DI Dr. Arthur KANONIER

Institut für Raumplanung an der Technischen Universität Wien

Präsident DI Hannes PRESSL

Österreichischer Gemeindebund

LH-Stv. Josef GEISLER

Tirol

LH-Stv. Martin GRUBER

Kärnten

LH-Stv. Stephan PERNKOPF

Niederösterreich

LR Mag. Heinrich DORNER

Burgenland

LRⁱⁿ Mag.^a Ursula LACKNER

Steiermark

LR Marco TITTLER

Vorarlberg

LR Mag. Martin ZAUNER

Salzburg

DI Thomas MADREITER

Wien

am 29. Februar 2024 zum Thema

**„Boden schützen & Zukunft ermöglichen“ –
Schulterschluss der Bundesländer, Städte und Gemeinden
für eine nachhaltige Raumordnungspolitik**

Ergebnisse der 1. gesamtösterreichischen Raumordnungs-Tagung

Rückfragen-Kontakt:

Michael Herb, MSc, Presse LR Achleitner, +43 664 600 72 151 03

Raumordnungs-Landesrät/innen der Bundesländer & Städte- und Gemeindebund tagten in Oberösterreich

Auf Initiative Oberösterreichs hat heute in Linz die erste gesamtösterreichische Tagung mit allen Verantwortungsträgern, die in dieser Republik für die Raumordnung fachlich zuständig sind, stattgefunden: Die Raumordnungs-Landesrätinnen und -Landesräte der Bundesländer sowie für die Städte und Gemeinden der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund.

Dabei hat sich gezeigt: Über die Bundesländer- und Parteigrenzen hinweg eint alle Beteiligten ein Ziel: Die Raumordnungs-Landesrätinnen und -Landesräte der Bundesländer sowie der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund stehen für eine nachhaltige Raumordnungspolitik, die dem Grundsatz „Boden schützen und zugleich Zukunftschancen ermöglichen“ folgt. Das zeigt auch die Österreich-Deklaration, die heute im Rahmen der Raumordnungs-Tagung beschlossen worden ist:

ÖSTERREICH-DEKLARATION

Boden schützen & Zukunft ermöglichen

Wir, die Bundesländer sowie der Gemeindebund und der Städtebund bekennen uns im Bewusstsein unserer Raumordnungskompetenz und in Wahrnehmung unserer gemeinsamen Verantwortung zu einer klimaverträglichen und nachhaltigen, gemeinwohlorientierten und gerechten Raumentwicklung in Österreich.

Im Rahmen des Interessenausgleichs zwischen dem Schutz von Naturräumen und dem Ermöglichen wirtschaftlicher Entwicklungen sowie dem Reagieren auf ein dynamisches Bevölkerungswachstum erkennen wir den Bodenschutz als wesentliche Säule einer verantwortungsvollen Raumordnungspolitik und orientieren unser Handeln daher verstärkt an den folgenden Leitzielen:

-
- **Wir intensivieren** unsere bisherigen Anstrengungen, um Neuwidmungen für Siedlungs- und Gewerbeflächen bis 2030 substanziell zu reduzieren
 - **Wir schützen** Frei- und Grünräume, um einen maßgeblichen Beitrag zur Ernährungssicherheit, zur Biodiversität, zur Erholung sowie zum Klimaschutz und zur Klimawandelanpassung zu leisten
 - **Wir unterbinden** die Zersiedelung, um kompakte, ressourcensparende und leistbare Siedlungsstrukturen zu stärken
 - **Wir forcieren** eine effiziente und kompakte Innenentwicklung, um Dörfer und Städte zukunftsfähig und lebendig zu gestalten
 - **Wir schaffen** Bewusstsein, um die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Politik und Gesellschaft für eine nachhaltige und flächensparende Raumentwicklung zu sensibilisieren
 - **Wir ermöglichen** eine nachhaltige räumliche Entwicklung, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts sicherzustellen, Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Wohlstand zu erhalten sowie die soziale Balance durch leistbaren Wohnbau zu wahren. Den nachhaltigen Umgang mit dem Naturraum verstehen wir auch als wirtschaftliche Grundlage insbesondere für Österreichs erfolgreichen Tourismus.

Die Bundesländer haben daher heute die von der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) erarbeitete „Österreichische Bodenstrategie“ beschlossen und bringen diese damit im Bereich ihrer Kompetenz in Umsetzung.

Heutiger Beschluss der Österreichischen Bodenstrategie als Meilenstein für eine nachhaltige Raumordnungspolitik

Wirtschafts- und Raumordnungs-Landesrat Markus ACHLEITNER, Oberösterreich:

„Im Rahmen der heutigen Tagung der Österreichischen Raumordnungs-Landesrät/innen sowie von Städte- und Gemeindebund wurde auch sehr konstruktiv über das vorliegende Fachpapier der Österreichischen Bodenstrategie der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) diskutiert. Univ.-Prof. Dr. Arthur Kanonier vom Institut für Raumplanung an der Technischen Universität Wien, der an der Erstellung der Österreichischen Bodenstrategie federführend beteiligt war, hat das Fachpapier aus Expertensicht nochmals erläutert. Als Ergebnis der Diskussion haben die Bundesländer im Sinne einer nachhaltigen Raumordnungspolitik die Österreichische Bodenstrategie in der vorliegenden Form heute beschlossen. Der darin enthaltene Maßnahmenkatalog bildet einen praxistauglichen Instrumentenkoffer, um nach dem Grundsatz ‚Boden schützen & Zukunft ermöglichen‘ und je nach den Erfordernissen der jeweiligen Bundesländer einen verantwortungsbewussten Umgang mit unseren wertvollen Bodenressourcen sicherzustellen. Insbesondere sollen folgende Ziele umgesetzt werden:

- Begrenzung der Bauland-Neuwidmungen durch die Mobilisierung von bereits gewidmetem Bauland*
- Keine neuen Supermärkte an der Peripherie, dafür Neubelebung der Ortskerne*
- Entwicklung nach Innen statt an den Ortsrändern*
- Nutzung von Leerständen und Brachflächen vor Neuwidmungen*
- Schutz des Grünraumes durch entsprechende Flächenausweisungen*
- Absicherung der fruchtbaren landwirtschaftlichen Böden*

Im Hinblick darauf ist der heutige Beschluss der Österreichischen Bodenstrategie ein wichtiger Meilenstein. Boden schützen & Zukunft ermöglichen – das erfordert einen Interessensausgleich – der von Verantwortungsbewusstsein, aber auch von Vernunft und Augenmaß geprägt ist. Die Länder, Städte und Gemeinden stehen für eine nachhaltige Raumordnungspolitik, bei der wir alle an einem Strang ziehen - mit praxistauglichen und zukunftsorientierten Maßnahmen zum Schutz unserer zentralen Lebensgrundlage Boden.“

Univ. Prof. DI Dr. Arthur KANONIER, Institut für Raumplanung an der Technischen Universität Wien:

„Der heutige Beschluss der Österreichischen Bodenstrategie hat eine wichtige Signalwirkung für einen sorgsamen und sparsamen Umgang mit der knappen Ressource „Boden“. Zunehmender Nutzungsdruck erhöht die Flächenkonkurrenz österreichweit und erfordert möglichst rasch abgestimmte und langfristige Strategien zum Bodenschutz. Durch den Maßnahmenkatalog in der nun beschlossenen Österreichischen Bodenstrategie kann durch restriktive und abgestimmte Maßnahmen zum Frei- und Grünlandschutz sowie gegen Zersiedelung wesentlich zur substantiellen Verringerung der Bodeninanspruchnahme beigetragen werden. Ergänzend zu den Maßnahmen des Bodenschutzes wird eine effiziente Innenentwicklung zu forcieren sein, um kompakte, qualitätsvolle und klimafitte Siedlungsstrukturen zu schaffen.“

LH-Stv. Josef GEISLER, Tirol:

„Tirol hat in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, um die Versiegelung von Böden und Neuwidmungen von Bauland auf ein unbedingt notwendiges Maß zu reduzieren. So ist es auch im Vorjahr gelungen, die Ziele der nationalen Bodenstrategie zum wiederholten Male zu erfüllen. Das Widmungsplus 2023 beträgt in Tirol lediglich 0,28 Prozent oder 66 Hektar, um ein Drittel weniger als noch im Vorjahr. Es gibt aber keinen Grund sich auszurasen. Insbesondere was die Nutzung von Leerstand, illegale Freizeitwohnsitze und Flächen für den geförderten Wohnbau anlangt, müssen wir am Ball bleiben. Das gilt auch für den Schutz hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen für die Lebensmittelproduktion. Ein Viertel des Dauersiedlungsraumes in Tirol ist als landwirtschaftliche Vorrangfläche ausgewiesen und vor Verbauung geschützt. Im Sinne des Bodenschutzes ausdrücklich zu begrüßen ist die Initiative von Bundesminister Totschnig zur Aktivierung von Leerstand und Revitalisierung der Ortskerne.“

LH-Stv. Martin GRUBER, Kärnten:

„Kärnten steht hinter der ausgearbeiteten Bodenstrategie. Aber man muss beim Thema Raumordnung mit Hausverstand und Sensibilität vorgehen. Es braucht eine gute Balance zwischen Bodenschutz und wirtschaftlicher Entwicklung. Als Länder wollen wir sorgsam mit Bodenressourcen umgehen, aber auch den jeweiligen Wirtschaftsstandort stärken. Genau das drückt sich im heutigen Beschluss und der gemeinsamen Initiative aller Bundesländer aus.“

LH-Stv. Stephan PERNKOPF, Niederösterreich:

„Wir wollen unsere Böden schützen und gleichzeitig sinnvoll nützen. Also keine Zersiedlung und keine unnötige Bodenversiegelung, sondern ein intelligenter Interessenausgleich zwischen dem Schutz von Naturräumen und den von Bund und Ländern forcierten Zukunftsprojekten, wie der am Dienstag von Kanzler und Vizekanzler präsentierten Wohnbauoffensive, dem Ausbau der Kinderbetreuung und der weiteren Steigerung der Erneuerbaren Energieproduktion samt Netzinfrastruktur. Dafür schaffen wir geeignete Werkzeuge, wie derzeit zum Beispiel die Ausweisung von landwirtschaftlichen Vorrangflächen und wertvollen Landschaften im Ausmaß von einer halben Million Hektar alleine in Niederösterreich. Neue Fachmarktzentren sind verboten, neue Einkaufszentren dürfen nur mehr in Zentrumszonen entstehen und neue Parkplätze bei Supermärkten sind auf maximal 30 begrenzt. Das zeigt Wirkung: Aktuell werden in Niederösterreich nur mehr 0,5 Hektar pro Tag neu gewidmet und die Baulandfläche pro Kopf sinkt.“

LR Mag. Heinrich DORNER, Burgenland:

„Im Burgenland ist das Thema Bodenschutz bereits stark im Raumplanungsgesetz verankert. Beispielsweise dürfen Supermärkte nur mehr in Ortskernlagen errichtet werden, weiters setzen wir im Rahmen der Baulandmobilisierungsabgabe den Fokus auf eine Reduzierung der Baulandreserven und mit dem Bau interkommunaler Businessparks wollen wir Gemeinden dazu animieren, sich zu einem Verbund zusammenzuschließen und sich auf die Ansiedlung von Betrieben in einem Businesspark zu verständigen – im Zuge einer Art interkommunalen Finanzausgleichs, wie das auch der WWF in seinem aktuellen Bodenreport wieder fordert. Wir sind im Burgenland im Kampf gegen den Bodenverbrauch auf einem guten Weg und werden diesen auch weiterverfolgen.“

LRⁱⁿ Mag.^a Ursula LACKNER, Steiermark:

„Wir brauchen eine strategische Bodenpolitik in Österreich statt eindimensionaler, populistischer Diskussionen. Denn wir stehen vor großen Herausforderungen, die eine effiziente Nutzung von Flächen notwendig machen. Dabei geht es um mehr als die bloße Festlegung einer Zielzahl – es geht um unsere Energieversorgung, um unsere Versorgung mit Lebensmitteln, um den Schutz unserer Naturräume und um eine effiziente Siedlungsentwicklung. In der Steiermark gehen wir konsequent den Weg einer strategischen Bodenpolitik: Wir haben ein eigenes Baulandmonitoring

gestartet sowie überörtlich verbindliche Vorrangzonen für Grünräume, landwirtschaftliche Flächen, Rohstoffe, Siedlungsentwicklung und Industrie festgelegt. Die Novelle des Raumordnungsgesetzes im Jahr 2022 stellt eine kompakte Siedlungsentwicklung sicher: mit Beschränkungen für Gemeinden, die bereits zu viel Bauland gewidmet haben; mit dem in der Raumplanung verankerten Grundsatz der Siedlungsentwicklung von Innen nach Außen; und mit der verpflichtenden Energieraumplanung. Um die Gemeinden dabei zu unterstützen, die Ortskerne zu stärken und lebenswert zu gestalten, hat das Land einen Ortskernkoordinator installiert. Der steirische Weg stellt eine planvolle räumliche Entwicklung und den Schutz unserer Flächen für Grünräume und die Lebensmittelproduktion sicher.“

LR Marco TITTLER, Vorarlberg:

„Der sorgsame Umgang mit Grund und Boden ist seit vielen Jahren ein Grundprinzip der Vorarlberger Raumplanungspolitik. So werden Freiräume beispielsweise bereits seit den 1970er Jahren landesweit per Verordnung geschützt. Raumplanung bedeutet aber auch immer Interessensausgleich. Die Gegebenheiten unterscheiden sich dabei in den einzelnen Bundesländern deutlich, weshalb für eine umfassende Beurteilung genaue Kenntnisse der regionalen Rahmenbedingungen unverzichtbar sind. Die Inanspruchnahme von Flächen hat in Vorarlberg trotz starker Bevölkerungszunahme und Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Das ist das Ergebnis einer konsequenten Raumplanungspolitik. Diese weiter zu verfolgen und dabei die richtige Balance zu halten, ist eine Herausforderung, der wir uns stellen und diese Verantwortung werden wir als Land Vorarlberg auch in Zukunft wahrnehmen.“

LR Mag. Martin ZAUNER, Salzburg:

„Den konsequenten Weg mit einem novellierten Raumordnungsgesetz, dem neuen Landesentwicklungsprogramm und dem Grundverkehrsgesetz wollen wir konsequent und aufeinander abgestimmt fortsetzen. Oberstes Ziel ist es, mit dem in Salzburg besonders raren und damit kostbaren Gut ‚Grund und Boden‘ sparsam und nachhaltig umzugehen und klug hauszuhalten. Unsere Kernvorhaben, um den Bodenverbrauch zu reduzieren:

- Schutz und Erhalt unseres Bodens, vor allem die Vermeidung von übermäßigem Bodenverbrauch, ist weiterhin unser Ziel in der Raumordnung. Unser Fokus liegt klar auf der Nachverdichtung und bodensparenden Siedlungsentwicklung.

- *Die Ansprüche an unsere Umwelt befinden sich gerade in Bezug auf Wohnen und Daseinsvorsorge im stetigen Wandel. Deshalb wollen wir das 2022 neu geschaffene Landesentwicklungsprogramm unter Einbeziehung der Gemeinden in Bedacht auf das neue Wohnbauförderungsgesetz und auf die jeweiligen Ansprüche hin evaluieren und gegebenenfalls abgestimmt mit dem Raumordnungsgesetz weiterentwickeln.*
- *Das neue Landesentwicklungsprogramm hat einen klaren Fokus auf der Stärkung von Ortskernen. Maßnahmen hierfür sind unter anderem die Festlegung der Hauptsiedlungsbereiche und deren Nebenzentren. Bei diesen raumordnungsfachlich bevorzugten Lagen wollen wir Verfahrensbeschleunigungen in der Flächenwidmung.“*

DI Thomas MADREITER, Wien:

*„Wien bekennt sich ausdrücklich zu einer nachhaltigen und flächensparenden Raumentwicklung. Wichtig ist dabei, spezielle örtliche Gegebenheiten wie Bevölkerungswachstum, Bauweisen und Leistbarkeit zu berücksichtigen. Wien setzt bei der Stadtentwicklung seit langem auf kompakten Wohnbau, der leistbares Wohnen ermöglicht und gleichzeitig viel Grün zur Erholung sichert. Trotz eines Bevölkerungszuwachses von 300.000 Menschen in den letzten 15 Jahren ist Wien das Bundesland mit dem geringsten Bodenverbrauch: Seit 2010 wurden in Wien nur 0,1 Hektar pro Tag verbraucht. Auch bei der Flächeninanspruchnahme schneidet Wien mit 127 m² pro Einwohner*in – österreichweit sind es durchschnittlich 629 m² pro Einwohner*in – am besten ab. Wien wird den Weg nachhaltiger Stadtentwicklung mit klimafitem und leistbarem Wohnraum bei so wenig Versiegelung wie möglich auch in Zukunft fortsetzen.“*

Präsident DI Hannes PRESSL, Österreichischer Gemeindebund:

„Österreichs Gemeinden wollen und werden die Bodenversiegelung reduzieren. Wir müssen aber endlich ehrlich sein in der Debatte um die 2,5-Hektar-Grenze: es ist realistisch einfach nicht umsetzbar! Wir brauchen weiter Platz für Kindergärten, Radwege, Betriebe, Erneuerbare Energie und vor allem auch fürs leistbare Wohnen. Regionale Raumordnungsprogramme auf Länderebene und ein Instrumentenkoffer für die Gemeinden sind notwendig. Dann können wir mit Hausverstand und nicht mit dem Zeigefinger Boden zu sparen. Und die Menschen in den Gemeinden werden weiter ihre Freiheit bei Eigentum, Mobilität und die entsprechenden Pflege- und Betreuungsdienstleistungen haben. Wir unterstützen daher die Österreich

Deklaration mit ganzer Kraft. Gleichzeitig begrüßen wir den heutigen Beschluss der Bodenstrategie, damit wir endlich vom Reden ins Tun kommen.“

Österreichischer Städtebund:

„Wir freuen uns über den heutigen Beschluss der Österreichischen Bodenstrategie. Sie bietet eine gute Basis für eine positive Weiterentwicklung in Österreich auch im Hinblick auf einen verantwortungsbewussten Umgang mit unseren Bodenressourcen.“